

***Aus einer Erklärung des  
Komitees für Grundrechte  
und Demokratie  
zu Afghanistan:***



**Wir fordern vom deutschen Bundestag, das Mandat für ISAF und Enduring Freedom nicht zu verlängern und damit ein deutliches Signal der Neuorientierung zu geben.**

**Dabei muss ein definitives Datum genannt werden, bis zu dem die deutschen Truppen abgezogen sein werden.**

**Die Bundesrepublik Deutschland kann – außer politischer Einflussnahme auf die Verbündeten – nur über ihren eigenen Beitrag entscheiden, wobei sie sicherlich unter starken Druck aus den USA geraten wird, wenn sie im Sinne einer zivilen und friedlichen Konfliktlösung entscheidet.**

**Doch Deutschland sollte in seinem eigenen Interesse diesen Druck aushalten, nicht zuletzt auch, um nicht immer tiefer in den Sumpf dieses Krieges hineingezogen zu werden.**

**Die Bundesregierung sollte die finanzielle Hilfe für Afghanistan um den Betrag aufstocken, der durch den Abzug der Truppen frei wird.**

(von 2002-2006 wurden 82,5 Mrd. Dollar für militärische Zwecke ausgegeben. Im gleichen Zeitraum 7,3 Mrd. für Entwicklungshilfe)

**Diese Mittel stünden für Entwicklungsprojekte in Afghanistan zur Verfügung, die von Orten und Regionen gemeinschaftlich für wünschenswert und unterstützungswürdig gehalten würden.**

**Dabei geht es auch um die örtliche und/oder regionale Zustimmung derjenigen Kräfte, die den Taliban nahe stehen. Auf diese Weise können Dialog und Zusammenarbeit der verschiedenen Kräfte vor Ort sowie Vertrauen untereinander gefördert und die Sicherheit der Projekte verbessert werden.**

**Die Bundesregierung fördert zugleich die Ausbildung von Personal und Organisationen für die Implementierung dieses zivilen und friedensfördernden Projektes. Solche Projekte haben nur dann eine reale Chance, wenn sie eindeutig von der Kriegsführung getrennt werden.**

**Die Bundesregierung soll gleichzeitig bei anderen Staaten, insbesondere der EU, dafür werben, sich diesem Projekt anzuschließen.**